

 **Bundesministerium**  
Klimaschutz, Umwelt,  
Energie, Mobilität,  
Innovation und Technologie

**bmk.gv.at**

BMK - I/PR3 (Recht und Koordination)  
[pr3@bmk.gv.at](mailto:pr3@bmk.gv.at)

**Petra Farthofer**  
Sachbearbeiter/in

[petra.farthofer@bmk.gv.at](mailto:petra.farthofer@bmk.gv.at)  
+43 (1) 71162 65 7405  
Postanschrift: Postfach 201, 1000 Wien  
Büroanschrift: Radetzkystraße 2, 1030 Wien

E-Mail-Antworten sind bitte unter Anführung  
der Geschäftszahl an oben angeführte E-Mail-  
Adresse zu richten.

Herrn  
Landeshauptmann  
Hermann Schützenhofer  
Hofgasse 12  
8010 Graz-Burg

Geschäftszahl: 2020-0.657.731

Wien, 3. November 2020

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann!

Seitens des Bundeskanzleramtes wurde der Beschluss Nr. 76 des Landtages Steiermark betreffend *eine zeitgemäße Rechtsgrundlage für die Erlassung von LKW-Fahrverboten im Interesse der Bevölkerung und der lokalen Wirtschaft und damit eine entsprechende Novellierung der derzeit gültigen rechtlichen Grundlage der StVO* zuständigkeitshalber zur weiteren Veranlassung (do. GZ. ABT16-59447/2017) an ho. Ressort übermittelt.

Seitens des BMK darf dazu mitgeteilt werden, dass aus dem Beschluss zunächst nicht hervor-  
geht, in welche Richtung eine gewünschte Änderung der StVO gehen soll.

Wie korrekt dargestellt, sind gem. § 43 Abs. 1 StVO Verkehrsbeschränkungen, -ge- und -ver-  
bote dann möglich, wenn dies aus Gründen der Leichtigkeit, Flüssigkeit und Sicherheit des  
Verkehrs erforderlich ist. Diese „Erforderlichkeit“ wird von der höchstgerichtlichen Rechtspre-  
chung dahingehend verstanden, dass die Verkehrsbeschränkung unumgänglich sein muss, um  
das gewünschte Ziel zu erreichen.

Daneben können gemäß § 43 Abs. 2 StVO auch (näher umschriebene) Verkehrsbeschränkun-  
gen verordnet werden *„zu Fernhaltung von Gefahren oder Belästigungen, insbesondere durch  
Lärm, Geruch oder Schadstoffe, hat die Behörde, wenn und insoweit es zum Schutz der Bevöl-  
kerung oder der Umwelt oder aus anderen wichtigen Gründen erforderlich ist“*. In diesem Fall  
ist *„bei der Erlassung solcher Verordnungen einerseits auf den angestrebten Zweck und ande-  
rerseits auf die Bedeutung der Verkehrsbeziehungen und der Verkehrserfordernisse Bedacht zu  
nehmen“*. Das Verfahren zur Ermittlung der Ordnungsgrundlagen ist demgemäß aufwändi-  
ger als bei Verordnungen, die auf § 43 Abs. 1 beruhen.

In jedem Fall ist vor Erlassung einer Verordnung – in der Regel im Wege von Sachverständigengutachten – von der Behörde zu erheben, ob die gesetzlich vorgegebenen Grundlagen vorliegen. Keinesfalls möglich ist die Verordnung von Verkehrsbeschränkungen welcher Art auch immer, um „unerwünschten“ Verkehr von einer Straße fernzuhalten. Eine derartige Bestimmung wäre mangels ausreichender inhaltlicher Determiniertheit auch verfassungswidrig, weshalb eine Änderung der Straßenverkehrsordnung in diesem Sinne nicht in Betracht gezogen wird. Ebenso ist es nicht möglich, die Behörde vom Erfordernis der sorgfältigen Ermittlung der Verordnungsgrundlagen zu befreien, weil dies der Einräumung behördlicher Willkür gleichkäme.

Zusammengefasst wird seitens des BMK festgehalten, dass die Verordnung von Fahrverboten oder sonstigen Verkehrsbeschränkungen, um „Mautausweichverkehr“ von bestimmten Straßen fernzuhalten, immer möglich ist, wenn dadurch eine Gefahr entweder für die Sicherheit, Leichtigkeit und Flüssigkeit des Verkehrs oder für die Bevölkerung oder die Umwelt droht. Es liegt an der zuständigen Behörde, zu ermitteln, ob das auf einer konkreten Straße der Fall ist.

Mit freundlichen Grüßen

Für die Bundesministerin:

Mag. Christa Wahrmann

